

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und von Ausgabestellen 20 Mk., im Abonnement, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postzustellung 2,40 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postboten und andere Nachrichten zu jeder Zeit Besondere Zusätze. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung aber Rückgabe des Bezugspreises. — Abkündigung eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Verita beiliegt.

Stapelverkaufspreis: Die 4-spaltige Raumgröße 20 Goldpfennig, die 6-spaltige Größe der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 8-spaltige Reklamegröße im restlichen Teil 100 Goldpfennig. Reichweitengebühr 20 Goldpfennig. Druck- und Verlagsgebühren. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Angelegenheiten ist durch die Beschriftung der Briefe anzugeben. Jeder Kabantenversuch ist nicht, wenn der Betrag durch den Fernschreiber übermittelten Nachrichten überlassen wird keine Garantie. Jeder Kabantenversuch ist nicht, wenn der Betrag durch den Fernschreiber übermittelten Nachrichten überlassen wird keine Garantie. Jeder Kabantenversuch ist nicht, wenn der Betrag durch den Fernschreiber übermittelten Nachrichten überlassen wird keine Garantie.

Nr. 10 — 85. Jahrgang. Tel. Nr. 2. „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag den 12 Januar 1926

## Überflüssige Kapitalansammlung.

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Allein in Berlin gibt es jetzt über 170 000 Erwerbslose — man kann sich denken, wie die augenblickliche Ziffer im ganzen Reiche aussieht — und die Kosten der Unterhaltungen wachsen ins Uferlose. So erklären sich die Klagen über die Untragbarkeit der Soziallasten, zumal ja außerdem die Arbeitslosenversicherung aufzubringen ist, diese Summen aber nicht im Rahmen der eigentlichen Soziallasten erscheinen. Die Zahlen, die für diese vom Reichsarbeitsministerium namhaft gemacht sind, sind also nicht vollständig, müssen vielmehr durch mindestens die Hälfte jener Summe ergänzt werden, die für die Arbeitslosenversicherung hereinkommt.

Das Reichsarbeitsministerium hat soeben in einer Denkschrift die Gesamtsituation in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung für 1925 auf 2343 Millionen geschätzt; das ist fast eine Milliarde mehr als 1913. Dabei ist die Zahl noch sehr vorsichtig geschätzt; die Arbeitgeberseite setzt die Zahl weit höher an. Dem stehen aber Ausgaben im Betrage von nur 1680 Millionen gegenüber, so daß wir die Lücke vor uns haben: die verschiedenen sozialpolitischen Versicherungsbedürfnisse treiben eine Geldansammlungs- und allergrößten Maßstabes. Eine Ausnahme davon bildet nur die Unfallversicherung, wo bekanntlich die entstehenden Ausgaben durch eine entsprechend hohe Umlage von der Arbeitgeberseite hereingeholt wird. Aber allein die Krankenversicherung hat im Jahre 1924 ein Beitragsauskommen von 961 Millionen gehabt, dazu der Knappschaftsverein für seine Krankenversicherung eine Einnahme von 87 Millionen, so daß im ganzen weit über eine Milliarde erzielt wurde. Schon im Mai 1924 sah sich das Reichsarbeitsministerium genötigt, an die Krankenkassen einen scharfen Sparerlass zu richten mit der Mahnung, die Beiträge heranzuführen und nicht Rücklagen in großem Maßstab anzusammeln, Geld auszuliehen oder es in neuen Verwaltungsgebäuden anzulegen. Dabei ist es eine jetzt allseits zugegebene Tatsache, daß die Zeit der schnellen Inflation sehr „glücklich“ auf die Herabdrückung der „Krankheiten“ wirkte, weil die Renten schnell wertlos waren, so daß der Arbeiter, der krank wurde, in wirtschaftlicher Not geriet und daher baldmöglichst wohl oder übel wieder in Arbeit trat; jetzt aber übersteigt das Krankengeld selbstverständlich die Höhe der Erwerbslosenunterstützung, oft aber auch dann den ganzen Verdienst, wenn nämlich Stutzarbeit eintritt. Die Krankenversicherung wird in Zeiten wirtschaftlicher Not fast zwangsläufig zur Krisenversicherung.

Die Invalidenversicherung, bei der jetzt gegenüber 1913 die Witwen- und Waisenversorgung die der eigentlichen Invaliden der Arbeit infolge des Krieges weit übertrifft, ist damit zahlenmäßig auf das Dreifache der Vorkriegszeit angeschwollen. Hier haben — auch das ist ein unangenehmer Zustand — die Einnahmen der ersten neun Monate 1925 die des ganzen Jahres 1924 schon überholt, genau so wie bei der Angestelltenversicherung. Schon 1924 war ein Überschuß von 100 Millionen erzielt worden, der sich 1925 aber noch weit höher, etwa 200 Millionen, belaufen wird. Ebenso beträgt der Überschuß bei der Angestelltenversicherung mindestens 100 Millionen. Auch die Knappschaftliche, also die Bergwerksversicherung, hat ihr Vermögen schon im Jahre 1924 um 60 Millionen gesteigert, eine Summe, die 1925 mindestens das Doppelte beträgt.

Das ist ein ungesunder Zustand. Man kann dem Vorwurf nicht Unrecht geben, daß weit höhere Summen für soziale Zwecke herausgezogen werden, als notwendig ist. Gewiß, die Säge sollen nicht herabgesetzt werden. Aber auch wenn man eine Minderung der Säge ablehnt, so wird man doch verlangen können, daß die Lasten nicht durch die weit übertriebene Geldansammlungs- und sozialpolitischen Versicherungsbedürfnisse noch weit schwerer gemacht werden, als es notwendig ist.

## Neuer Vorschlag für Preisabbau.

Ein Gesetzentwurf der Reichsregierung. Die Reichsregierung hat an den Reichswirtschaftsrat eine Anzahl Gesetze gehen lassen mit dem Ziele, das Preisabbaugesetz vom 25. August 1925 über den Preisabbaugesetz endlich einzuführen. Die vorliegenden fünf Artikel eines „Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues“ bieten wesentliche Handhaben zur Erzielung einer besseren Preisregulierung und vielleicht auch eines Preisabbaues.

Das sehr umfangreiche Gesetz regelt zunächst das Konkursverfahren auf einer Grundlage, nach der die Anmeldung des Konkurses durch Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens auf Antrag herbeigeführt werden kann. Es ist in seinen Grundzügen bereits bekanntgeworden und dient im wesentlichen auch zur Aufhebung bisheriger Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht. Ein weiterer Artikel trifft Maßnahmen gegen die sogenannten Ringbildungen bei Vorkaufungen von Lieferungen oder Leistungen im Wege einer allgemeinen oder beschränkten Kustschreibung. Ein dritter Artikel trifft

## Die Entscheidung bis Donnerstag verschoben.

### Empfänge bei Hindenburg.

Reichspräsident von Hindenburg empfing Montag die Herren Fehrenbach und Koch, die Vorsitzenden der Zentrums- und der demokratischen Fraktion, um sie in Sachen der Regierungsbildung noch einmal zu hören. Die Demokraten treten bekanntlich ebenso wie das Zentrum für die Bildung einer Großen Koalition ein, während gerade diese beiden Parteien keine Geneigtheit in dieser Beziehung bekunden.

Berlin, 12. Januar. Der Reichspräsident legte den Herren dar, daß er trotz lebhaften Bedenkens die Vertrauensstellung einer bestimmten Persönlichkeit mit der Regierungsbildung noch einmal aufgeschoben habe, um den durch die beiden Herren vertretenen Herrn Koch für die Große Koalition einzusehen, noch einmal Gelegenheit zu einem Versuch der Bildung dieser Koalition zu geben. Er müsse aber darauf bestehen, daß die Verhandlungen einen raschen Verlauf nehmen. Er könne nicht zulassen, daß die programmatischen Erörterungen zwischen den Parteien wieder ausgenommen würden. Er erbat die Herren alsbald, ihm spätestens bis Donnerstag früh das Endergebnis ihrer Verhandlungen mitzuteilen, ob eine konkrete Möglichkeit zur Erreichung der Großen Koalition bestehe. Die Herren Fehrenbach und Koch dankten dem Reichspräsidenten und erklärten beide, daß sie seinen Darlegungen über die Dringlichkeit der Angelegenheit durchaus zustimmten. Sie versprochen, alles zu tun, um dem Reichspräsidenten bis spätestens Donnerstag eine endgültige Antwort zu übermitteln. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die Führung des Zentrums und der Demokratischen Partei der Sozialdemokratie nunmehr die Frage nach einer klaren Entscheidung vorlegen und daß dann spätestens Donnerstag mittag eine Persönlichkeit mit der Neubildung der Regierung beauftragt wird. Die Aussichten dieses nochmaligen Versuches zur Bildung der Großen Koalition werden auch in den Kreisen des Zentrums und der Demokraten sehr skeptisch beurteilt.

### Sozialdemokraten und Große Koalition.

Auf einer Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensleute in Kassel ist nach einem Referat des Abgeordneten Scheidemann über die Regierungsbildung eine Entschiedenheit angenommen worden, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß im Interesse der

schwerwiegende Änderungen der Kartellverordnung. Auf Grund der neuen Bestimmungen wird es möglich sein, auf die Preisbildung der Kartelle einwirkend einzuwirken. Ein sehr wichtiger Artikel betrifft dann die Abänderung der Gewerbeordnung in der Richtung, daß den Innungen und Innungsverbänden unterlagt werden kann, Preise, Werte der Preisfestsetzung und der Preisartikel und Geschäftsbestimmungen festzusetzen, zu empfehlen oder bekanntzugeben. Dieser Artikel beschäftigt sich mit schweren Strafbestimmungen gegen die Innungsverträge durch Nichtpreise, entweder die Preise heraufzuschrauben oder auf einer bestimmten Höhe festzuhalten. Auch auf dem Gebiete des Handwerks und des Gewerbes wird also der freie Wettbewerb in vollem Umfange wieder hergestellt.

Für die Gestaltung des Brotpreises wird vorgeschlagen, zur möglichst leichten Nachprüfung durch die Verbraucherschaft eine Kennzeichnung des Brotes vorzuschreiben. Den zuständigen Landesbehörden sind entsprechende Einwirkungen zuzubilligen.

## Wachsende Arbeitslosigkeit.

24 1/2 Millionen Mark Unterstützung im November. Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten gab ein Regierungsvertreter über die unterstützten Erwerbslosen in Deutschen Reiche eine Darstellung der gegenwärtigen Erwerbslosenfrage. Am 15. Dezember 1925 zählte man im Deutschen Reich insgesamt 1 067 031 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 673 316 am 1. Dezember 1925. Seitdem hat sich die Arbeitslosigkeit noch vermehrt. Erwerbslose mit längerer Unterstützungsdauer als drei Monate waren am 15. Dezember 1925 insgesamt 148 593 Personen. Auf hundert Krankenhaustenntglieder entfielen am gleichen Datum 5,6 Hauptunterstützungsempfänger, während die entsprechende Zahl am 1. Dezember 1925 nur 3,6 war. Auf 1000 Einwohner entfielen 17,9 Hauptunterstützungsempfänger am 15. Dezember, während 15 Tage vorher die Zahl sich auf 11,4 belief. Im November 1925 erforderte die Erwerbslosenunterstützung im Deutschen Reich insgesamt 24 521 785 Reichsmark an Ausgaben. Zu der Aussprache wurden die zahlreich vorliegenden Anträge erörtert, die darin abzielten, die Unterstützungen

Republik und der Zusammenarbeit der republikanischen Parteien auch die Große Koalition verwirklicht werde. Voraussetzung sei allerdings, daß von der Volkspartei eine Zusicherung hinsichtlich der Fürstenabfindung und der Sozialpolitik gegeben werde. Ähnliche Entscheidungen sind auch von anderen Organisationen im Reich gefordert worden.

Montag hatten im Reichstage die Abgg. Fehrenbach (Ztr.), Marx (Ztr.) und Koch (Dem.) eine Besprechung mit dem Abg. Müller-Franken (Soz.). Sie wiesen ihn erneut auf die Notwendigkeit der Bildung der Großen Koalition hin. Abg. Müller-Franken erwiderte aber, daß er keinerlei Erklärungen abgeben könne, daß er die Entscheidung vielmehr seiner Reichstagsfraktion überlassen müsse, die am Dienstag nach der Reichstagsitzung zusammentritt.

## Braun für die Große Koalition.

Berlin, 11. Januar. Der preussische Ministerpräsident Braun tritt in einem dem B. T. gewährten Interview entschieden für die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung ein, die, nachdem sie jahrzehntelang für das parlamentarische System gelämpft habe, es jetzt nicht verneinen dürfe, indem sie ihre positive Mitarbeit verjage. Die Politik der Großen Koalition auch im Reiche mehrere Jahre konsequent durchgeführt, würde so sichtbare Erfolge auch innen und außen zeitigen, daß daran alle Verleumdungen von rechts und links zerfallen müßten. Deshalb muß die Sozialdemokratische Partei Vertrauen zu ihrer inneren Kraft beweisen und die Verantwortung an der Reichsregierung mit übernehmen.

## Gegen den deutschen Schulunterricht in Südtirol.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Innsbruck. In der Gemeinde Montan erschienen Carabinieri und Militärpolizei, um privatem deutschem Unterricht nachzuspielen. Einige Lehrmittel wurden weggenommen. Zwei Lehrerinnen wurden von dem italienischen Amt geladen. Der Unterrichts-Dr. Brandi von Cabalese befahl hierauf die Einstellung des Unterrichts. Die beiden Lehrerinnen wurden bedroht, daß sie im Wiederholungsfall deportiert würden, und zwar auf drei Monate in die Alpenprovinzen.

den der Erwerbslosen in ausreichendem Maße der gegenwärtigen Notlage der Erwerbslosen entsprechend zu erhöhen, den Kurzarbeitern eine entsprechende Unterstützung zu gewähren, die Unterstützungsdauer weiter zu verlängern und gesetzliche Grundlagen zu schaffen zur Unterbringung von erwerbslosen und älteren Angestellten. Endgültige Beschlüsse konnten in dieser Hinsicht noch nicht gefaßt werden, da die geschäftsführende Übergangsregierung nicht die Verantwortung für so weitgehende finanzielle Maßnahmen zu tragen in der Lage ist.

## Die Friedrichshafener Zeppelinhalle.

Zu den Luftfahrtverhandlungen in Paris. Zu den Meldungen englischer Blätter, die zu wissen glauben, daß die Alliierten Deutschland wegen der Unbrauchbarkeit von Luftschiffen für kriegerische Zwecke gewisse Konzessionen machen würden, die sich auf ein Unterbleiben der Zerstörung der Friedrichshafener Luftschiffhalle und den Bau einiger Verkehrsluftschiffe beziehen könnten, schreibt die Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz: Unter dieser Prämisse der Unbrauchbarkeit der Luftschiffe für kriegerische Zwecke ist das Verbot überhaupt flüchtig und seine Ausnahme in der Versailleser Vertrag wie seine bisherige Aufrechterhaltung eine schwere Ungerechtheit; seine Aufhebung kann deshalb nicht als ein Entgegenkommen, geschweige denn als Kompensationsobjekt im Zusammenhang mit den schwebenden Luftfahrtverhandlungen in Frage kommen. Die Luftschiffhalle selbst besitzt nur sehr geringen technischen und wirtschaftlichen Wert, schon weil sie für Luftschiffe der heute erreichten Dimensionen zu klein ist. Ihr Wert liegt auf dem moralischen Gebiet, als ein Denkmal der Wirksamkeit Zeppelins, und ihre Zerstörung würde für die Welt, die sie erzählte, ein Brandmal im Sinne einer Kulturschande bedeuten.

## Falschmünzer überall.

Neue Verhaftungen in Berlin, Düsseldorf und Dresden. Eine vierköpfige Falschmünzerbande in Berlin, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von englischen Fünf-Pfund-Noten befaßt, konnte jetzt endlich verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Saecht und Dabina, die beiden Hauptmissetäter.